

Westpapua im Jahr 2023

Geschichte, Menschenrechte und
aktuelle politische Situation



Westpapua im Jahr 2023

Geschichte, Menschenrechte und aktuelle politische Situation

1. Allgemeiner Überblick

Westpapua ist die östlichste Region Indonesiens, seit 2022 bestehend aus den sechs Provinzen Papua, Hochland-Papua, Zentral-Papua, Süd-Papua, Papua Barat Daya und Papua Barat. 1962 wurde die Region nicht wie von der lokalen Bevölkerung erhofft nach der Phase der niederländischen Kolonialzeit unabhängig, sondern wurde Indonesien angegliedert. Die folgenden Jahrzehnte waren von Widerstand der indigenen Bevölkerung gegen die indonesische Verwaltung und Repressionen durch indonesische Sicherheitskräfte geprägt. Seit 1970 kommt es zu massiver Transmigration von Indonesier*innen anderer Landesteile nach Westpapua, die die Zusammensetzung der Bevölkerung deutlich verändert hat. Indigene Papuas, die sich als Teil des pazifischen Kulturraums der Melanesier sehen, machen bereits seit 2010 weniger als die Hälfte der derzeit ca. 5.4 Millionen Einwohner*innen Westpapas aus.

Trotz der Vielfaltigkeit der Bevölkerung Westpapas mit über 250 indigenen Bevölkerungsgruppen mit eigenen Sprachen und Traditionen eint die Papuas ihre Erfahrungen von Menschenrechtsverletzungen, Marginalisierung und Rassismus.

Die 1945 in Kraft getretene Verfassung von Indonesien orientiert sich an dem Staatsmotto „Einheit in Vielfalt“ und verankert den Schutz der Menschenrechte. Auch in dem Gesetz 21/2001 über die Sonderautonomie Westpapas finden die Menschenrechte bereits an zweiter Stelle Erwähnung und den Papuas werden „Menschenrechte, religiöse Werte, Demokratie, Recht, kulturelle Werte (...) und das Recht (...), die Ergebnisse der Entwicklung gerecht zu genießen“ zugesprochen. Die Umsetzung dieser rechtlich national zugesicherten Menschenrechte zu national geschützten Menschenrechten in Westpapua scheitert zum Teil jedoch seit vielen Jahren. Anstatt die Hoffnungen der Papuas zu erfüllen, wuchsen in den Jahren seit der Sonderautonomie Rassismus und Ungleichheit in Westpapua, so der Kirchenrat von Westpapua in einer öffentlichen Erklärung vom Juli 2020.

Westpapua ist innerhalb Indonesiens wie auch weltweit eine der an Bodenschätzen reichsten Regionen. Gold, Kupfer und andere Erze, Gasvorkommen, tropische Hölzer und das Potential für große Agrarflächen machen den Standort für nationale und internationale Bergbau- und Agrarkonzerne besonders reizvoll und erklären das starke wirtschaftliche und damit einhergehende politische Interesse an Westpapua. Die in Westpapua erwirtschafteten Gelder fließen oft ins Ausland oder in andere Regionen in Indonesien. Sicherheitskräfte verdienen noch bis heute an diesem Ressourcenabbau mit und haben daher ein starkes Eigeninteresse, ihre überproportionale Präsenz zu rechtfertigen und zu sichern.

Der Wunsch der Papuas nach Selbstbestimmung und dem Schutz ihrer Menschenrechte in Einklang mit dem Erhalt ihrer Natur und ihren Landrechten steht dem Streben der indonesischen Regierung gegenüber, an Westpapua als Teil des Einheitsstaates Indonesiens festzuhalten und den Fokus in Westpapua weiterhin auf wirtschaftliche Entwicklung zu setzen. Die Papuas kritisieren den ausschließlich wirtschaftspolitischen Ansatz in Westpapua, von dessen Vorteilen sie selbst am wenigsten haben. Vielmehr fordern sie einen Fokus auf den Schutz ihrer bürgerlichen und politischen Rechte, wie das Recht auf Gesundheit und Bildung, Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungs- und Versammlungsfreiheit und sprechen sich in Demonstrationen regelmäßig für das Recht auf Selbstbestimmung aus.

Diese gegensätzlichen Bestrebungen prallen seit 60 Jahren auch in Form eines bewaffneten Konflikts in Westpapua aufeinander, auf deren gegenüberliegenden Seiten die indonesische Regierung und die

Freiheits- und Unabhängigkeitskämpfer in Westpapua (TPNPB-OPM¹) stehen. Dieser bewaffnete Konflikt führt seit Jahren zu einer Vielzahl an Menschenrechtsverletzungen (der Großteil der Opfer sind indigene Papuas), zu einer Stationierung von Militär in Westpapua und zu zehntausenden Binnenflüchtlingen, die im eigenen Land auf der Flucht vor dem bewaffneten Konflikt sind.

Der Zugang nach Westpapua ist seit Jahren für internationale Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen eingeschränkt und eine unabhängige Dokumentation der Situation vor Ort durch Vertreter*innen der UN derzeit nicht möglich. So steht z.B. seit längerer Zeit ein verbindlicher Termin für einen Besuch des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Westpapua aus.

Ein friedlicher Konfliktlösungsprozess wird seit Jahren von unterschiedlichen Akteur*innen gefordert. Die Papuas wünschen sich einen Ansatz, der sich nicht nur ausschließlich auf wirtschaftliche Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur konzentriert. Vielmehr sollten alle Konfliktdimensionen (Wirtschaft, Politik, Marginalisierung und Rassismus) betrachtet und ein Dialog eingeleitet werden, der durch eine neutrale dritte Partei gesteuert wird.

2. Politische Geschichte

Die Gründung eines unabhängigen Staates war das Ziel der Papuas nach dem Ende der Kolonialzeit der Niederländer. Dazu haben die Niederländer Ende der 1950er Jahre eine politische Entwicklung angestoßen, die West-Neuguinea bis 1970 in die Unabhängigkeit führen sollte. 1961 wurde der Neuguinearat als Übergangsparlament der Papuas gewählt und von den Niederlanden eingesetzt.

Die Erklärung der anstehenden Unabhängigkeit Westpapas am 1. Dezember 1961 stand jedoch im Gegensatz zu den Plänen des damaligen indonesischen Staatspräsidenten Sukarno. Dieser erhob Anspruch auf „Irian“, wie er Westpapua nannte, und rief in seiner berühmten Trikora-Rede am 19. Dezember 1961 das indonesische Volk dazu auf, „Irian“ von der niederländischen Kolonialherrschaft zu befreien und an Indonesien anzugliedern.

Als Folge griff die indonesische Armee mit Marine und Luftlandetruppen Westpapua in den ersten Monaten 1962 an. Alle Angriffe wurden von den niederländischen Truppen mit papuanischen Hilfstruppen abgewehrt und es kam zu ersten Opfern auf beiden Seiten.

Die politischen Konstellationen im damaligen kalten Krieg spielten eine entscheidende Rolle für die Zukunft Westpapas. So suchten die USA in Indonesien einen Verbündeten gegen kommunistische Gegner – bevor diese Indonesien als Partner heranziehen konnten – und unterstützten die Absicht Sukarnos, Westpapua zum eigenen Staatsgebiet zählen zu können. Unter Druck des damaligen US-Präsidenten Kennedy und unter Mithilfe der UN (Vereinte Nationen) wurde im August 1962 das New Yorker Abkommen zwischen den Niederlanden und Indonesien unterzeichnet. Nach einer Übergangsverwaltung durch die UN sollte Westpapua an Indonesien übertragen werden. Laut diesem Vertrag wurde den Papuas das Recht zugestanden, innerhalb von sieben Jahren in einem Referendum – das unter Aufsicht der UN stattfinden sollte – frei darüber zu entscheiden, ob sie Teil von Indonesien bleiben oder ein unabhängiger Staat werden wollten. Nach der Übergangsverwaltung durch die UN (UNTEA vom 1.10.1962 bis 30.4.1963) zog sich diese aus Westpapua zurück und übergab die Verwaltung an Indonesien. Sukarno und sein Nachfolger Suharto etablierten ihre Militärdiktatur auch in Westpapua. Führende Papuas wurden aus ihren Ämtern entfernt, konnten fliehen oder wurden ermordet. Schriften über die Geschichte Westpapas sowie niederländische Schulbücher wurden vernichtet, Häuser wurden geplündert und kulturell wichtige Gegenstände aus den Häusern der Papuas geraubt, die Infrastruktur

¹ die Nationale Befreiungsarmee für Westpapua und die Organisation für die Freiheit Westpapas.

in der Stadt Hollandia (heute Jayapura) – zunächst in Sukarnapura umbenannt - brach für Monate zusammen. Es fehlte an Wasser und Elektrizität und an vielem Lebensnotwendigem für die Bevölkerung.

Unter Aufsicht der UN fand das Referendum im Jahr 1969 tatsächlich statt – wurde jedoch unter Androhung und Zwang manipuliert. 1.025 von Indonesien handverlesene Wahlmänner stimmten daher im Ergebnis für den Anschluss an das indonesische Staatsgebiet. Dieser *“Act of Free Choice”* wird seitdem als *„Act of No Choice“* bezeichnet. Trotz der offensichtlichen Manipulation wurde das Referendum von den Vereinten Nationen (UN) anerkannt. Die Vollversammlung nahm es aber nur „zur Kenntnis“. Bis heute fordern die Papuas eine Wiederholung dieser Abstimmung unter internationaler Aufsicht und viele fordern weiter die Unabhängigkeit Westpapas.

Die 30 Jahre der Diktatur Suhartos waren gekennzeichnet von zahllosen Menschenrechtsverletzungen, denen zehntausende Papuas zum Opfer fielen. Hunderttausende Migrant*innen aus anderen Teilen Indonesiens zogen nach Westpapua und übernahmen wichtige Posten in Wirtschaft und Verwaltung. Die meisten Papuas litten schweigend, aufkommender Widerstand wurde brutal unterdrückt.

Nach dem Rücktritt Suhartos wollten seine Nachfolger im Präsidentenamts das politische Problem durch die Gewährung einer Sonderautonomie (2001) lösen. Viele intellektuelle Papuas arbeiteten an dem Gesetzesentwurf mit und setzten große Hoffnungen darauf, mehr Selbstverwaltung durchsetzen zu können. In den über 20 Jahren seit Beginn der Sonderautonomie wurden viele Vorgaben des Gesetzes jedoch nie umgesetzt. Die Aufteilung der Provinz Papua im Jahr 2003 in die beiden Provinzen Papua und Papua Barat geschah ohne vorherige Zustimmung des Volksrates der Provinz und stellte daher bereits zwei Jahre nach Inkrafttreten der Sonderautonomie einen Verstoß gegen diese dar.

3. Aktuelle politische Situation im Jahr 2023

Aufteilung in neue Provinzen bringt weitere Spaltung

Am 11. September 2020 gab die Zentralregierung in Jakarta ihren Beschluss bekannt, Westpapua zukünftig in weitere Provinzen aufteilen zu wollen. Nach diesem Beschluss sollte die bisherige Provinz Papua im östlichen Teil Westpapas in insgesamt vier Provinzen aufgeteilt werden, so dass insgesamt fünf Provinzen entstehen sollten. Zum Jahresbeginn 2022 erklärte das indonesische Innenministerium, dass noch eine weitere Provinz geplant sei, die auch die bisherige Provinz Papua Barat aufteilen solle. Offiziell erklärte die indonesische Regierung die Aufteilung in neue Provinzen damit, dass diese die wirtschaftliche Entwicklung in Westpapua begünstigen sollen. Für die indigenen Papuas waren mit den neuen Provinzen jedoch von Beginn an Sorgen über eine fortschreitende Stationierung von Militär, zunehmenden Zuzug von Migrant*innen, anhaltende Menschenrechtsverletzungen sowie den Verlust indigener Landrechte verbunden.

Die Pläne für neue Provinzen führten 2021 und 2022 zu vielen Demonstrationen in ganz Westpapua. Dutzende Papuas wurden bei den gewaltsamen Auflösungen dieser Proteste durch Sicherheitskräfte verhaftet und/oder verletzt. Im März 2022 starben zwei Papuas bei einer dieser gewaltsamen Auflösungen durch den Einsatz von scharfer Munition.

Am 6. April 2022 wurde der Gesetzesentwurf zu der Aufteilung der Provinz Papua in zukünftig vier Provinzen (Provinz Papua, Provinz Zentral-Papua, Provinz Hochland-Papua und Provinz Süd-Papua) im Gesetzgebungsausschuss des indonesischen Parlaments in Jakarta angenommen und am 30. Juni 2022 ratifiziert.

Menschenrechtsaktivist*innen, prominente Kirchenleitende und andere Akteur*innen aus Westpapua warnten davor, dass die Aufteilung in neue Provinzen die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konflikts erschweren werde. Kritik kam auch vom Volksrat der Provinz Papua, der trotz entsprechender

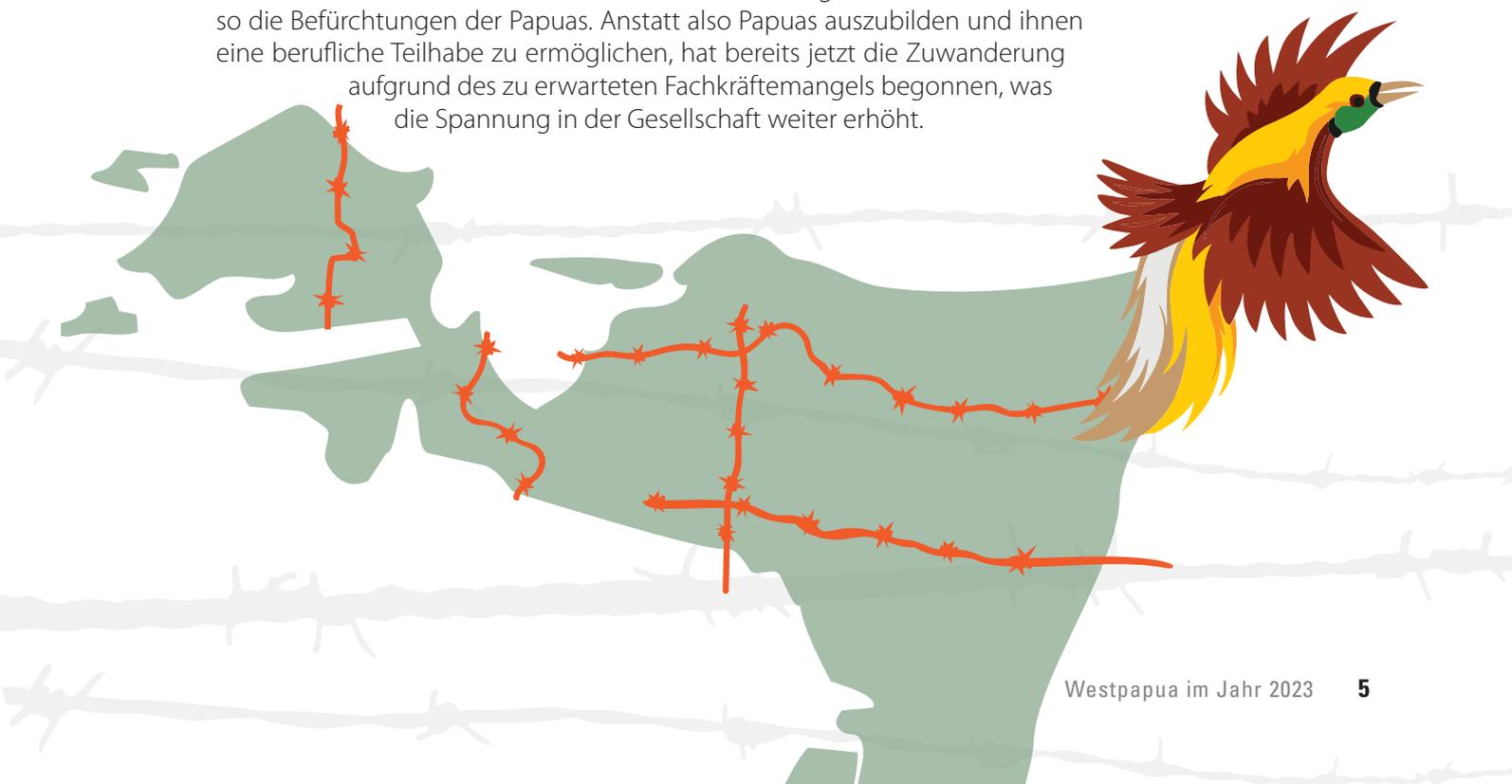
Vorschriften im Sonderautonomiegesetz von 2001 nicht konsultiert wurde. „Die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs für die drei neuen Provinzen Papuas ist wie ein Blitz am helllichten Tag“, sagte Timotius Murib, Vorsitzender des Volksrates der Provinz Papua (MRP). Zu diesem Zeitpunkt war noch unsicher, ob die Überarbeitung des Sonderautonomiegesetzes von 2021 (OTSUS II) rechtmäßig war, welches eine vorherige Zustimmung der Volksräte zu der Bildung neuer Provinzen nicht mehr enthält. Die Volksräte Westpapas reichten deshalb Klage beim Verfassungsgericht gegen OTSUS II ein, welche im August 2022 als unbegründet abgewiesen wurde. Damit wurde den Papuas die letzte Möglichkeit genommen, über ihre indigenen politischen Vertreter die verwaltungspolitische Aufteilung Westpapas mitzugestalten.

Im November 2022 stimmte das indonesische Parlament einem weiteren Gesetzesentwurf zu, der auch die Provinz Papua Barat in zukünftig zwei Provinzen aufteilt und die Gründung der neuen Provinz Papua Barat Daya zur Folge hatte. Statt aus vormals zwei Provinzen besteht Westpapua nunmehr aus sechs Provinzen.

Weiter starke Migration nach Westpapua

Obwohl es derzeit kein offizielles Transmigrasi-Programm mehr gibt, kommen immer noch viele Menschen aus anderen Teilen Indonesiens nach Westpapua. Die, die kommen, haben Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufstieg, der für sie in Westpapua leichter zu erreichen scheint als z.B. in Java. In der Realität ist dies auch so: Westindonesier bekommen eher als Papuas Kredite gewährt, können sich daher schneller Häuser kaufen und Unternehmen gründen. Da sie sich vor allem in urbanen Gebieten ansiedeln, finden sich in ihrer Nähe Militärstationen, die ihnen bevorzugt Schutz geben. Es fällt daher auf, dass solche Gebiete besser entwickelt sind. Zusätzlich sind die Regulierungen vor Ort oft sehr schwach und OTSUS-Gelder kommen nicht nur Indigenen zugute sondern auch Zugewanderten. Der Traum vom wirtschaftlichen Aufstieg in Westpapua erfüllt sich daher für sehr viele von ihnen und so wird die Geschichte vom schnell zu erreichenden Wohlstand an Verwandte weitergetragen, welche dann ebenfalls nach Westpapua umsiedeln. Laut Angaben der GKI-TP (ev. Kirche im Lande Papua) beträgt das natürliche Bevölkerungswachstum 0,1% während das Bevölkerungswachstum durch Migration bei 2,5% liegt.

Die Aufteilung in neue Provinzen hat die Migrationsentwicklung noch weiter verstärkt. Anstatt vormals zwei Gouverneure hat Westpapua nun sechs, anstatt vormals zwei Provinzparlamente wird Westpapua zukünftig sechs Provinzparlamente haben, inklusive des gesamten Verwaltungsapparates, der damit zusammenhängt. Schätzungen zufolge werden 40.000 neue Beamt*innen gebraucht, um diese Posten zu besetzen. Der Großteil dieser Stellen werde von Migrant*innen besetzt werden, so die Befürchtungen der Papuas. Anstatt also Papuas auszubilden und ihnen eine berufliche Teilhabe zu ermöglichen, hat bereits jetzt die Zuwanderung aufgrund des zu erwarteten Fachkräftemangels begonnen, was die Spannung in der Gesellschaft weiter erhöht.



4. Die Situation der Menschenrechte in Westpapua im Jahr 2023

Obwohl indigene Papuas derzeit weniger als die Hälfte der Bevölkerung Westpapas ausmachen und die demographische Entwicklung auf einen anhaltenden Abwärtstrend hindeutet, sind fast alle Opfer von willkürlichen Verhaftungen, Folter und Misshandlungen in Westpapua indigene Papuas. Im Vergleich zu Bürger*innen aus anderen Teile Indonesiens werden indigene Papuas nicht gleich behandelt, wenn es um das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit geht. Zusätzlich erfahren sie in ihrem Alltag Rassismus, der sich besonders in dem mangelnden Schutz ihrer justiziellen Rechte wie zum Beispiel der Gleichbehandlung vor Gericht zeigt.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Die Bildung neuer Provinzen in Westpapua hat laut der indonesischen Regierung das Ziel, die gerechte Verteilung der Entwicklung zu beschleunigen, die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen anzutreiben, das Wohlergehen in Westpapua anzukurbeln und die Würde der Gemeinschaft zu erhöhen. Auch mit dem Sonderautonomiegesetz von 2001 und der überarbeiteten Fassung von 2021 sollten Gelder für Infrastruktur, Bildung und Gesundheit zur Verfügung gestellt werden. Dies hat jedoch bis heute nicht dazu geführt, dass Indikatoren menschlicher Entwicklung für Indigene positive Werte erreicht haben.

Der Human Development Index (HDI)² aus dem Jahr 2022 ordnet die damals noch nur zwei vorhandenen Provinzen Papua und Papua Barat als die Provinzen in Indonesien ein, in denen der HDI den niedrigsten Wert hat.³ Damit ist Westpapua in den Markern der Lebenserwartung, der voraussichtlichen Dauer des Schulbesuchs und der tatsächlichen Dauer des Schulbesuchs und dem Bruttonationaleinkommen pro Kopf das Schlusslicht in Indonesien. Die damals noch nicht weiter aufgeteilte Provinz Papua liegt mit einem Wert von 61,39 im Jahr 2022 deutlich unter dem nationalen Durchschnitt von 72,91 und nochmal deutlich unter dem HDI-Wert von Jakarta mit 81,65.

Auch wenn in der Gesamtbetrachtung der HDI-Wert in Westpapua höher ist als noch im Jahr 2010 und nun nicht mehr als „niedrig“ sondern als „medium“ eingestuft wird – auch in anderen Provinzen Indonesiens ist der Wert gestiegen – wird jedoch im Vergleich zu anderen Provinzen deutlich, dass das Missverhältnis in der Gesamtschau des HDI weiter ähnlich hoch ist. Es wird demnach deutlich, dass der von der indonesischen Regierung behauptete Wohlstand in Westpapua trotz der vielen Gelder aus Jakarta nicht für alle erreicht worden ist. Die Papuas leben weiterhin in der strukturschwächsten Region Indonesiens. Neben den Problemen der Korruption bei der Verteilung der Gelder spielt aber auch der Fokus der indonesischen Regierung eine Rolle, vorzugsweise Infrastrukturprojekte in Westpapua zu unterstützen. Dass diese jedoch keinen ausschlaggebenden Mehrwert im Blick auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte wie das Recht auf Bildung, Recht auf Nahrung, Recht auf Arbeit und das Recht auf Gesundheit haben, wird am schwachen HDI-Wert für Westpapua deutlich.

Eine Studie von Dezember 2022 untermauert dies und stellt fest, dass die zum Zeitpunkt der Studie bestehenden fünf Provinzen Westpapas (Provinz Papua Barat, Provinz Papua, Provinz Süd-Papua, Provinz Zentral-Papua, Provinz Hochland-Papua) weiterhin die ärmsten Provinzen Indonesiens sind. Während die durchschnittliche Quote der Menschen, die in Indonesien in Armut leben, bei 9,54 % liege, werde dieser Wert in den Provinzen Westpapas deutlich überschritten, so Dr. Agus Sumule von der University of Papua in Manokwari: Provinz Süd-Papua (20,24 %), Provinz Papua Barat (21,84 %), Provinz Papua (26,86 %),

2 Index der menschlichen Entwicklung (englisch: Human Development Index, HDI) erfasst die durchschnittlichen Werte eines Landes in grundlegenden Bereichen der menschlichen Entwicklung. Bei seiner Berechnung werden nicht nur ausschließlich ökonomische Kennzahlen verwendet, sondern vielmehr eine Vielzahl von Aspekten des menschlichen Lebens berücksichtigt.

3 BPS, Statistics Indonesia (2023): Indeks Pembangunan Manusia, S. 21. Online abrufbar unter: <https://www.bps.go.id/publication/2023/05/16/ef80bec78ab91cb5b703b943/indeks-pembangunan-manusia-2022.html>

Provinz Papua Barat Daya

Provinz Papua Barat

Provinz Papua

Provinz Zentral-Papua

Provinz Hochland-Papua

Provinz Süd-Papua



Karte von Westpapua
sechs Provinzen Westpapas

Provinz Zentral-Papua (32,25 %) und Provinz Hochland-Papua (35,46 %). Besonders die Provinz Zentral-Papua und die Provinz Hochland-Papua hätten mit größeren wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, seitdem sie eigenständige Provinzen wurden. Gründe könnten darin liegen, dass OTSUS-Gelder vermehrt in die Regionen Westpapas fließen, in denen mehr Migrant*innen aus anderen Teilen Indonesiens leben oder in denen größere wirtschaftliche Vorhaben umgesetzt werden. Dies ist allen voran in der Region um Jayapura in der Provinz Papua der Fall und in der Region um Sorong, die mit Raja Ampat die einzige Region in Westpapua ist, die Strukturen für internationalen (Tauch-)Tourismus bietet und in der diese Strukturen zukünftig auch noch stärker ausgebaut werden sollen.

Im Hochland hingegen ist der Anteil der indigenen Papuas weiterhin größer. Gleichzeitig ist dieses Gebiet seit Jahren von schweren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Kämpfern der Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegung und indonesischen Sicherheitskräften gekennzeichnet. Wirtschaftliche Investitionen werden hier – wenn überhaupt – nur getätigt, um die natürlichen Ressourcen auszubeuten. Deren wirtschaftlicher Ertrag landet dann jedoch außerhalb Westpapas und kommt den Papuas nicht zugute.

Bürgerliche und politische Rechte

Die internationale Staatengemeinschaft hat neun internationale Menschenrechtsübereinkommen und vier Zusatzprotokolle verabschiedet. Zehn davon hat Indonesien ratifiziert. Dazu zählt auch der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte,⁴ in dem unter anderem das Recht auf Leben, Verbot von Folter, Gleichheit vor dem Gesetz, Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit, Religionsfreiheit und Meinungs- und Versammlungsfreiheit festgeschrieben sind und von den Staaten auf nationaler Ebene geschützt werden müssen. Für die Papuas ist der Dissens zwischen Recht(e) haben und Recht(e) bekommen jedoch Teil ihres Alltags.

Der Freedom House Index⁵ 2023 klassifiziert Indonesien als „*partly free*“ und bewertet Indonesien mit 58 von 100 möglichen Punkten mit einem Punkt weniger als noch ein Jahr zuvor. Dokumentiert werden unter anderem Defizite in den Bereichen der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten. Mängel sind hier in der Transparenz des politischen Handelns der Regierung zu finden, in Korruption, in der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, in der Pressefreiheit, in der freien Religionsausübung, in der Freiheit der Lehre, in der uneingeschränkten Arbeit von NGOs, der Straflosigkeit militärischer Gewalt, sowie in der Gleichbehandlung aller Personen. Viele dieser Demokratiedefizite zeigen sich in Westpapua. Freedom House hebt neben der hohen Zahl der Binnenflüchtlinge in Westpapua besonders auch den eingeschränkten Zugang für ausländische Journalist*innen nach Westpapua hervor.

Menschenrechtsbeobachter*innen zählten im Jahr 2022 61 Fälle, die die freie Ausübung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Westpapua einschränkten. Mehr als 1000 Personen waren von diesen Maßnahmen betroffen. Öffentliche (akademische) Diskussionen über Westpapua werden ebenfalls regelmäßig abgesagt oder (gewaltsam) unterbunden und die Organisator*innen werden überwacht und bedroht. Student*innen, führende Mitglieder von Gewerkschaften und andere Personen, die an Protesten auf z.B. dem Campus der Cenderawasih Universität in Jayapura beteiligt sind, sind weiterhin Einschüchterungen, Verhaftungen und Anklagen wegen Hochverrats ausgesetzt. Dabei bringen die Behörden solche Proteste regelmäßig mit einer Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung in Verbindung. Im August 2022 wurden sieben Papuas zu zehn Monaten Haft verurteilt, die am 1. Dezember 2021 die Morgensternflagge vor dem Cenderawasih-Sportzentrum in Jayapura hissten. Im Frühjahr 2023 wurde der Prozess gegen drei weitere Studenten wegen Hochverrats eröffnet. Auch sie demonstrierten friedlich, hissten die Morgensternflagge und sprachen sich für ein neues Referendum aus.

4 IPBP; auch Zivilpakt genannt.

5 Der Freedom House Index erfasst die Situation der bürgerlichen und politischen Rechte und zivilen Freiheiten.

Auch das Verbot von Folter und das Recht auf persönliche Sicherheit und Freiheit sind in Westpapua für Papuas nicht garantiert. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Kämpfern der Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegung (TPNPB) und Sicherheitskräften haben seit 2018 an geografischer Ausdehnung, Intensität und Häufigkeit zugenommen. Dies verstärkte sich ab 2021, nachdem die TPNPB-OPM als „Terroristen“ klassifiziert wurden und so den Strafverfolgungsbehörden mehr Befugnisse zur Verhaftung und Verfolgung gewährt wurden. Allein 2022 sollen mindestens 19 Personen von indonesischen Sicherheitskräften außergerichtlich getötet worden sein. Alle waren indigene Papuas, drei von ihnen Minderjährige. Für größere öffentliche Aufmerksamkeit sorgte der Fall von vier getöteten Papuas in Mimika im August 2022, deren zerstückelte Leichen in mehreren Säcken im Fluss gefunden wurden. Neben sechs Militärangehörigen sollen zudem vier Zivilisten an der Tat beteiligt gewesen sein. Im September 2023 wurden fünf junge Papuas im Alter von 15-18 Jahren von indonesischen Sicherheitskräften in Dekai erschossen. Während die Regionalpolizei in Papua die Meldung herausgab, dass die Leichen der fünf jungen Papuas nach einem Feuergefecht zwischen den Sicherheitskräften und der TPNPB gefunden worden seien, wiesen andere Akteur*innen die Aussage zurück, dass es sich bei den fünf Jugendlichen um TPNPB-Mitglieder gehandelt haben soll.

Hinzu kommen 43 Zivilpersonen, die bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der TPNPB und den indonesischen Sicherheitskräften im Jahr 2022 getötet wurden. Die große Mehrheit der Opfer, insgesamt 38, wurde von der TPNPB ermordet. Dazu zählten Angriffe auf Straßenbauarbeiter, Lastwagenfahrer oder andere Personen, die von der TPNPB für Spione gehalten wurden.

Die hohe Anzahl an zivilen Opfern bei diesen bewaffneten Zusammenstößen oder Überfällen zeigt die Ausdehnung des Konflikts auch auf Zivilpersonen. Einige Menschenrechtsverteidiger*innen fürchten, dass dadurch auch die Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen zunehmen werde. So sind besonders viele Narrative und Vorurteile über indigene Papuas fest verankert und werden weiter von staatlichen Stellen bedient. Dass Auseinandersetzungen innerhalb der Bevölkerung wiederum auch Einfluss auf die Anwendung staatlicher Gewalt haben können, wurde im Februar 2023 in Wamena deutlich. Gerüchte über eine versuchte Entführung eines indigenen Mädchens durch Nicht-Indigene führten zu Auseinandersetzungen zwischen Indigenen und Migrant*innen. Die Polizei konnte die Situation nicht angemessen klären und feuerte scharfe Munition ab. Mindestens zehn Personen starben.

Internationale Beachtung findet seit Februar 2023 die Entführung des neuseeländischen Piloten Philip Mark Mehrstens durch die TPNPB im Hochland von Westpapua. Dieser flog am 7. Februar 2023 im Auftrag von Susi-Air ein kleines Passagierflugzeug nach Paro, Landkreis Nduga, und wird seitdem von der TPNPB als Geisel festgehalten und als Druckmittel benutzt, um Unabhängigkeitsforderungen zu stellen.

Obwohl das Militär seit mehreren Monaten verstärkt Sicherheitskräfte nach Westpapua entsendet, scheiterten bisher alle Such- und Rettungsaktionen (Stand: September 2023). Anstatt Sicherheit zu schaffen, steigert sich die Angst der Zivilbevölkerung vor Operationen des Militärs, das verstärkt Razzien durchführt, Häuser niederbrennt und Bewohner*innen verhaftet, um TPNPB-Kämpfer ausfindig zu machen. All dies führt zu erhöhten Flüchtlingsbewegungen in den Landkreisen Nduga und Intan Jaya. Dass sich die Spirale der Gegengewalt sofort weiterdreht, zeigte sich Mitte April 2023, als mehrere Militärs bei ihrem Einsatz im Hochland von Westpapua von TPNPB-Kämpfern getötet wurden. Als Gegenreaktion erhöhte das Militär am 18. April 2023 seinen Einsatz in „gefechtsbereit“ und senkte damit die Hürden zum Einsatz von Gewalt gegen Papuas.

Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz – nicht für Victor Yeimo

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. In dieser Hinsicht hat das Gesetz jede Diskriminierung zu verbieten und allen Menschen gegen jede Diskriminierung, wie insbesondere wegen der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status, gleichen und wirksamen Schutz zu gewährleisten.“ (Art. 26 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte)

Art. 26 des Zivilpaktes garantiert die Gleichheit vor dem Gesetz – für jeden Menschen. Dies zu gewährleisten ist auch Pflicht des indonesischen Staates und doch zeigt sich wiederholt in der Behandlung von indigenen Papuas vor Gericht, dass dieses Recht für sie nicht vollumfänglich geschützt wird. Ein aktuelles Beispiel ist das Urteil gegen Victor Yeimo, der im Frühjahr 2021 wegen seiner Beteiligung an den Anti-Rassismus-Protesten aus dem Jahr 2019 verhaftet wurde.



Nach mehr als drei Monaten Haft wurde am 24. August 2021 vor dem Bezirksgericht Jayapura Anklage gegen Victor Yeimo in vier Anklagepunkten erhoben. Während der Phase des Prozesses wurde dieser mehrfach ausgesetzt, da Yeimo unter schweren Gesundheitsproblemen litt und zwischenzeitlich im Krankenhaus behandelt werden musste. Yeimos Anwält*innen kritisierten während der Verhandlung unter anderem die mangelhaften personellen Zuständigkeiten während seiner Verhaftung, das Fehlen eines Haftbefehls, den mangelhaften gewährten Rechtsbeistand für Yeimo, die unklaren Vorwürfe gegen ihn und die Trennung seines Falls von denen anderer Angeklagter.

Am 27. April 2023 befand die Staatsanwaltschaft Viktor Yeimo für schuldig, Hochverrat begangen und andere dazu angestiftet zu haben gem. Artikel 106 in Verbindung mit Artikel 55 Absatz (1) des Strafgesetzbuches. Der Staatsanwalt beantragte eine Freiheitsstrafe von 3 Jahren. In dem am 5. Mai 2023 verlesenen Urteil erklärten die Richter jedoch, dass keiner der vier Anklagepunkte Yeimo nachgewiesen werden konnte. Stattdessen verurteilten sie ihn wegen eines in der Anklage nicht erhobenen Straftatbestandes gem. Art. 155 Strafgesetzbuch, der bereits im Juli 2007 vom Verfassungsgericht für nichtig erklärt wurde und verurteilten ihn zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten.

Das Anwaltsteam von Victor Yeimo und internationale Menschenrechtsorganisationen kritisierten das Vorgehen des Gerichts deutlich. Art. 155 des Strafgesetzbuches wurde bereits 2007 für nichtig erklärt, da dieser Artikel die Meinungsfreiheit zu sehr einschränke, so das Verfassungsgericht damals. „Bewegt sich die Strafverfolgung rückwärts?“, fragt der Exekutivdirektor von Amnesty International Indonesien, Usman Hamid. „Was mit Yeimo und anderen Papua-Aktivist*innen, die sich zu Wort gemeldet haben, geschieht, ist eine Form von Willkür, Irreführung und Diskriminierung“, fügte Usman hinzu. „Es wird auch eine Botschaft an andere Aktivist*innen und Demonstrant*innen senden, dass Dissens und friedliche Meinungsäußerungen nicht willkommen sind.“

Am 23. September 2023 wurde Victor Yeimo aus der Haft entlassen. Er wurde von Familienmitgliedern, Aktivist*innen, seinem Anwaltsteam und Tausenden von Papuas begrüßt. In einer emotionalen Rede bedankte sich Yeimo bei seinen Unterstützer*innen, sprach sich gegen Rassismus aus und betonte, dass Rassismus ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstelle und ein gemeinsamer Gegner aller Bürgerinnen und Bürger dieser Welt sei. „Wir bekämpfen Rassismus nicht mit Rassismus. Während andere vielleicht Rassismus gegen uns praktizieren, müssen die Papuas danach streben, eine Nation zu sein, die sich durch Würde und Ehre auszeichnet. (...)“, so Yeimo in seiner Rede.

Pressefreiheit in Westpapua

Westpapua ist kein Thema, das viel Raum in europäischen oder internationalen Medien einnimmt. Seit Jahren erhalten ausländische Journalist*innen keinen Zugang zu Westpapua und so wird es wortwörtlich vor der internationalen Presse durch die indonesische Regierung abgeschirmt. Auch für nationale Medien ist es schwierig, uneingeschränkt über Westpapua berichten zu können und Zugang zu Informationen zu erhalten. Hinzu kommt das Problem, dass es seit einigen Jahren immer mehr Falschmeldungen bzw. einseitige Berichterstattungen zu der Situation in Westpapua gibt. Daher ist es von besonderer

Wichtigkeit, Medien zu haben, die vor Ort ansässig sind, von dort berichten und dabei die Grundpfeiler des Journalismus einhalten: Sorgfalt bei der Recherche, Unparteilichkeit, Relevanz, Aktualität, Vertraulichkeit, Unabhängigkeit und Wahrhaftigkeit. Dennoch oder auch gerade deshalb kommt es immer wieder zu Angriffen gegen einzelne Journalist*innen oder Nachrichtenportale, die sich genau diesen Grundpfeilern des Journalismus verschrieben haben. Westpapua ist die gefährlichste Region für Journalist*innen in Indonesien. Die Alliance of Independent Journalists (AJI) Jayapura registrierte zwischen 2021 und März 2023 elf Fälle von Übergriffen auf Journalist*innen. Im Jahr 2022 gab es vier Angriffe auf sieben Journalist*innen in Westpapua. Auch im Jahr 2023 kommt es dort weiterhin zu Gewalt gegen die Presse.

Anfang 2023 gab es einen Anschlag gegen einen der bekanntesten Journalisten aus Westpapua, Victor Mambor, Gründer der Nachrichtenplattform ‚Jubi‘. Victor Mambor wurde bereits mehrfach zur Zielscheibe von Anschlägen und war wiederholt digitalen Angriffen wie Doxing, Hacking und Online-Belästigung ausgesetzt. Am 21. April 2021 wurde sein Auto von Unbekannten mutwillig beschädigt. Die Täter konnten nie ermittelt werden. Am Montag, den 23. Januar 2023, warf ein Unbekannter um 04.00 Uhr morgens eine Bombe vor das Haus von Victor Mambor in Jayapura City. Die Bombe explodierte etwa drei Meter vor dem Haus. Die Alliance of Independent Journalists (AJI) verurteilte den Bombenanschlag aufs Schärfste als Bedrohung der Pressefreiheit in Westpapua und als „terroristischen Bombenanschlag“. Die AJI forderte die indonesische Polizei auf, die Verantwortlichen zu ermitteln und rief zudem alle Journalist*innen in Westpapua dazu auf, keine Angst zu haben und nicht aufzugeben, die Wahrheit zu verbreiten. Victor Mambor wurde erst am 7. August 2022 anlässlich des 28. Jahrestages der Alliance of Independent Journalists (AJI) mit dem Udin Award ausgezeichnet. „Mit Jubi bringt Victor mehr Stimmen aus [West]Papua ein, inmitten der Dominanz von Informationen, die voreingenommen, einseitig und diskriminierend gegenüber [West]Papua sind“, begründete AJI damals die Entscheidung. Die Mitarbeiter*innen von ‚Jubi‘ haben seit dem Anschlag auf Mambor ihre digitalen und physischen Sicherheitsstrategien noch einmal erhöht. Keiner von ihnen ist mehr alleine unterwegs. Und trotzdem berichten sie davon, vom indonesischen Geheimdienst weiter beobachtet zu werden.

Im März 2023 kam es zu einer Bedrohungslage von Journalist*innen in Sorong. Mitarbeiter*innen von ‚Teropong News‘ wurden mit dem Tod bedroht und auch damit, das Büro der Nachrichtenagentur niederzubrennen. Mehrere unbekannte Personen verlangten von ‚Teropong News‘, alle verbreiteten Nachrichten über Fälle von illegalem Holzeinschlag im Bezirk Sorong zu löschen. ‚Teropong News‘ hatte zuvor über Holzlager berichtet, die im Verdacht stehen, ohne Lizenz betrieben zu werden.

Als Reaktion auf die Angriffe gegen Journalist*innen in Westpapua hat sich im April 2023 eine Arbeitsgruppe für die *Sicherheit von Journalist*innen im Land Papua* gebildet. Sie umfasst Journalistenorganisationen, Organisationen indigener Völker und kirchliche Organisationen.

Rechte von Kindern

Indonesien hat die UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1990 ratifiziert und sich damit dazu bekannt, diese Rechte auch auf nationaler Ebene zu fördern und zu schützen. Für die Verwirklichung der Kinderrechte in Westpapua sind besonders die Rechte auf Leben und Schutz vor Gewaltanwendung relevant, aber auch das Recht auf Gesundheit, Recht auf Bildung und das Recht auf Spiel. Die zunehmende Militarisierung in Westpapua und der sich verstärkende bewaffnete Konflikt zwischen Sicherheitskräften und der TPNPB haben jedoch zur Folge, dass auch immer mehr Kinder zu Opfern werden und ihre Rechte nicht ausreichend geschützt werden.

Im Jahr 2022 fielen besonders drei Fälle von Gewalt gegen Kinder auf. Hierbei gab es mindestens elf Opfer, bis zu neun Kinder wurden verletzt und zwei Kinder starben. So wurden am 27. Februar 2020 im Bezirk Puncak Jaya mehrere Kinder verhaftet und während der Haft so misshandelt, dass ein Kind verstarb. Die Kinder wurden beschuldigt, eine Waffe gestohlen zu haben. Ein weiteres minderjähriges Todesopfer gab es im Fall der vier getöteten Papuas in Mimika im August 2022, deren zerstückelten Leichen wenige Tage später in Säcken im Fluss gefunden wurden. Ende Oktober 2022 kam es zu weiterer Gewaltanwendung gegen Kinder, diesmal im Bezirk Keerom. Drei Kinder (11, 13 und 14 Jahre alt) wurden

über mehrere Stunden von Militärs gefoltert, nachdem diese sie beschuldigten, einen Kakadu gestohlen zu haben, den die Militärs als Teil ihres illegalen Tierhandels verkaufen wollten. Ebenso wurden die Familien der Kinder mit Waffen bedroht. Auch im Jahr 2023 kamen Kinder und Jugendliche in dem bewaffneten Konflikt zu Tode. Im September 2023 wurden fünf junge Papuas im Alter von 15-18 Jahren von indonesischen Sicherheitskräften in Dekai erschossen. Offiziellen Meldungen zufolge, sollen sie TPNPB-Mitglieder gewesen sein. Die TPNPB, die Kirche und die Familien der getöteten Jugendlichen wiesen dies jedoch zurück.

Nicht zu vergessen sind die vielen Kinder in Westpapua, die mit ihren Familien auf der Flucht vor bewaffneten Konflikten sind und ihre Dörfer verlassen mussten. Gemeinsam mit ihren Familien suchen sie zum Teil Schutz in den Wäldern ohne Zugang zu ausreichender Nahrung und Gesundheitsversorgung. Auch das Recht auf Bildung ist für viele Papua-Kinder nicht vollumfänglich garantiert. So ist es in Konfliktgebieten üblich, dass das Militär zum Teil für mehrere Monate Schulen besetzt und dort Kommandozentralen einrichtet. Das Recht auf Bildung wird auch dadurch erschwert, dass besonders im Hochland viele Lehrer*innen fehlen, die aus Angst vor dem bewaffneten Konflikt nicht in diesen Gebieten unterrichten wollen. In ganz Westpapua sollen insgesamt über 30.000 Lehrer*innen fehlen.

5. Menschenrechte in Indonesien im internationalen Blickfeld

Am 9. November 2022 wurde die Situation der Menschenrechte in Indonesien im Rahmen des Universal Periodic Review-Verfahrens (UPR-Verfahren) des UN-Menschenrechtsrates überprüft. In dem UPR-Verfahren wird alle vier bis fünf Jahre die Menschenrechtssituation in jedem UN-Mitgliedstaat überprüft. Hier wird untersucht, ob der Staat die notwendigen Schritte unternimmt, um Menschenrechte nicht nur auf dem Papier zu fördern, sondern diese auch im Alltag tatsächlich für alle Bürger*innen zu schützen. Neben einem Bericht des Staates selbst gibt es auch zusammenfassende Infos der UN über die Menschenrechtssituation. Auch die Zivilgesellschaft hat die Gelegenheit, vorab Berichte zur Menschenrechtssituation im jeweiligen Staat einzureichen. Die anderen UN-Mitgliedstaaten können Fragen stellen und Empfehlungen äußern. Durch Annahme dieser Empfehlungen verpflichten sich die betroffenen Regierungen dazu, die angesprochenen Punkte zu verbessern. An diesen Zusagen werden sie dann zukünftig gemessen.

In seinem nationalen Bericht für das UPR-Verfahren im Jahr 2022 hob Indonesien seine Erfolge beim Schutz der Menschenrechte inmitten der COVID-19-Pandemie, bei der Verabschiedung menschenrechtsfreundlicher Gesetze und bei der Unterstützung von Minderheitengruppen hervor. Andere UN-Mitgliedstaaten äußerten sich hingegen zu einer Vielzahl menschenrechtlicher Defizite in Indonesien. Insgesamt gaben 107 Staaten 291 Empfehlungen ab. Die Staaten empfahlen unter anderem, internationale Menschenrechtsverträge und/oder ihre Zusatzprotokolle zu ratifizieren, Strafrechtsbestimmungen zu überarbeiten, die Todesstrafe abzuschaffen, den Rechtszugang für alle zu gewährleisten, den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu stärken, LGBTQIA+ Rechte zu stärken, Menschenrechtsverletzungen umfassend und zeitnah zu untersuchen, Menschenrechtsverteidiger*innen nicht zu verfolgen und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit für alle im Land zu garantieren.

Acht Staaten (Marshall-Inseln, Niederlande, Vanuatu, Kanada, USA, Neuseeland, Slowenien und Australien) gaben insgesamt zehn spezifische Empfehlungen zu der Situation in Westpapua ab. Sie sprachen den Besuch des OHCHR (Büro des Hochkommissars für Menschenrechte) in Westpapua an, forderten einen Dialog mit den Papuas, thematisierten die Verantwortung zum Schutz der Versammlungs-, Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit sowie der Rechte von Frauen und Minderheiten in Westpapua, kritisierten die Straffreiheit für Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte und forderten eine transparente Untersuchung dieser Verletzungen und hoben die Wichtigkeit des Zugangs für unabhängige Beobachter*innen nach Westpapua hervor. Deutschland stellte Indonesien vorab die Frage, inwieweit ein Besuch des OHCHR in Westpapua geplant sei und wann dieser stattfinden könne.

Auch die Vereinten Nationen (UN) kritisierten in ihrem OHCHR-Report die Menschenrechtssituation in Westpapua im Rahmen des UPR-Verfahrens. Eine Reihe von Sonderberichterstatter*innen äußerte sich demnach besorgt über die sich verschlechternde Menschenrechtssituation und verwies auf schockierende Übergriffe gegen die indigene Bevölkerung Papuas, darunter die Ermordung von Kindern, das Verschwindenlassen von Menschen, Folter und die Massenvertreibung von indigenen Papuas. Sie forderten dringenden Zugang für humanitäre Hilfe in die Region und forderten die indonesische Regierung auf, vollständige und unabhängige Untersuchungen der Übergriffe auf die indigene Bevölkerung durchzuführen. Kritisiert wurden zudem die eingeschränkten Räume für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, besonders für Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen. Der OHCHR-Report betonte auch Mängel bei der Umsetzung des Rechts auf Nahrung und Gesundheit für indigene Papuas. Die Verlängerung des Sonderautonomiegesetzes und die Aufteilung in weitere Provinzen hätten die Spannungen weiter verschärft, so der UN-Bericht.

In der 52. Sitzung des UN Menschenrechtsrates im März 2023 nahm Indonesien von den insgesamt zehn Empfehlungen zu Westpapua fünf an und wiederum fünf andere nur zur Kenntnis (siehe Tabelle).

Tabelle: UPR-Empfehlungen an Indonesien mit dem Inhalt Westpapua

Annahme von Empfehlungen	Zur Kenntnis genommen
<ul style="list-style-type: none"> • Continue to investigate human rights abuses, including those in the Papua provinces, and to bring those responsible to justice in a timely and transparent manner (Niederlande) • Uphold, respect and promote its human rights obligations in Papua, including freedom of assembly, speech, expression, the press, and the rights of women and minorities (Neuseeland) • Conduct prompt, thorough, and transparent investigations into all allegations of extrajudicial killings and human rights violations in the five Papuan provinces and hold perpetrators accountable (Vereinigte Staaten von Amerika) • Enhance the protection and promotion of the right to peaceful assembly and association, especially for the people of Papua and West Papua Provinces (Vanuatu) • Investigate allegations of human rights violations in Indonesia Papua and prioritize the protection of civilians including women and children (Kanada) 	<ul style="list-style-type: none"> • Respect, promote and protect the human rights of all indigenous peoples in West Papua, by ensuring their right to self-determination through inclusive dialogue (Marshallinseln) • Work closely with the OHCHR to commence a visit to West Papua by the High Commissioner in response to calls from the Pacific Islands Forum and the Organization of African, Caribbean and Pacific States (Marshallinseln) • Ensure investigations, accountability and prevention of impunity for the human rights violations against indigenous peoples in Papua carried out by members of security forces (Slowenien) • Accept without delay the Office of the High Commissioner for Human Rights visit to the Provinces of Papua and West Papua (Vanuatu) • Finalize investigations of all human rights violations in Indonesia, including in Papua and ensure access including by credible independent observers (Australien)

Alle Empfehlungen, die sich auf einen OHCHR-Besuch beziehen, oder den Zugang unabhängiger Beobachter*innen beinhalten, wurden nur zur Kenntnis genommen. Ebenso wie eine Empfehlung der Marshall-Inseln, die das Recht der indigenen Papuas auf Selbstbestimmung anspricht - welches daher von der indonesischen Regierung wieder nur als Forderung der politischen Unabhängigkeit definiert wurde. Auch Empfehlungen zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen, die sich explizit gegen indigene Papuas richten und von Sicherheitskräften begangen wurden, wurden nur zur Kenntnis genommen.

Bei den angenommenen Empfehlungen fällt auf, dass in diesen nur von „Menschenrechtsverletzungen in Westpapua“ oder dem Schutz spezifischer Menschenrechte in Westpapua die Rede ist, ohne zu benennen, von wem diese Menschenrechtsverletzungen begangen wurden, wer den Schutz dieser Menschenrechte einfordert oder wer Opfer dieser Menschenrechtsverletzungen ist. So wird zum Beispiel nur der Schutz von „Zivilist*innen“ gefordert, anstatt spezifisch den Schutz indigener Papuas hervorzuheben. Auch wird nur von „Tätern“ gesprochen, ohne diese z.B. auch als Sicherheitskräfte zu benennen. Dieser ungenaue Sprachgebrauch lässt der indonesischen Regierung somit genug Spielraum, um die in den Empfehlungen nicht definierten Täter, Opfer oder Handlungen in Westpapua mit eigenen Narrativen oder Vorstellungen zu füllen. So können diese Empfehlungen angenommen werden und so kann sich die indonesische Regierung auf dem internationalen Menschenrechtsparkett als lernbereit präsentieren, ohne Gefahr zu laufen, sich zukünftig in Bezug auf Westpapua an zu spezifisch konkretisierten Empfehlungen messen lassen zu müssen. Die Gefahr ist daher groß, dass Indonesien Menschenrechtsverletzungen in Westpapua und die Verantwortlichkeit für solche zukünftig nicht auch als Taten von staatlichen Sicherheitskräften identifiziert, sondern weiterhin nur der TPNPB diese Täter-Rolle zuspricht, und dass die Opfer dieser Menschenrechtsverletzungen, zu deren Schutz sich Indonesien durch die Annahme der Empfehlungen bekannt hat, dann primär unter den Transmigranten anstatt unter den indigenen Papuas „gesucht“ werden.

Das UPR-Verfahren des Jahres 2022 hat es daher verpasst, durch konkrete Definitionen von Tätern und Opfern Indonesien die Möglichkeit zu nehmen, sich in Bezug zu Westpapua international als lernbereit zu präsentieren. Stattdessen wurde Indonesien durch ungenau formulierte Empfehlungen die Möglichkeit gegeben, selbst zu entscheiden, wer Täter und wer Opfer in Westpapua ist. Indonesien kann so das bisherige Narrativ aufrechterhalten und – sogar noch schlimmer, – zukünftiges staatliches Handeln weiter rechtfertigen und so dieses Narrativ schützen.

Die fünf Empfehlungen, die nur zur Kenntnis genommen werden, fordern das Narrativ dieser Täter – Opfer – Rollen und der Frage der Verantwortlichkeit hingegen heraus und wurden auch deshalb nicht angenommen.

Am 10. Oktober 2023 wurde Indonesien als eines von 15 neuen Mitgliedern in den UN-Menschenrechtsrat für die Periode 2024-2026 gewählt. Der UN-Menschenrechtsrat setzt sich aus 47 Staaten zusammen und hat die Aufgabe, die Lage der Menschenrechte weltweit zu beobachten und mit seinen Akteur*innen auf länder- und themenspezifische Menschenrechtsprobleme aufmerksam zu machen.

Mehrere zivilgesellschaftliche Akteur*innen kritisierten die Kandidatur von Indonesien. Ein Mitglied des UN-Menschenrechtsrates sollte ein weltweites Vorbild in der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte sein - auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Der mangelnde Schutz der Menschenrechte für indigene Papuas, noch ausstehende Ratifizierungen internationaler Menschenrechtsübereinkommen und der Umgang mit internationaler Kritik an der Menschenrechtssituation in Indonesien - besonders in Bezug auf Westpapua - zeigen, dass die Förderung und der Schutz von Menschenrechten in Indonesien nicht immer Hand in Hand gehen.

6. Ausblick

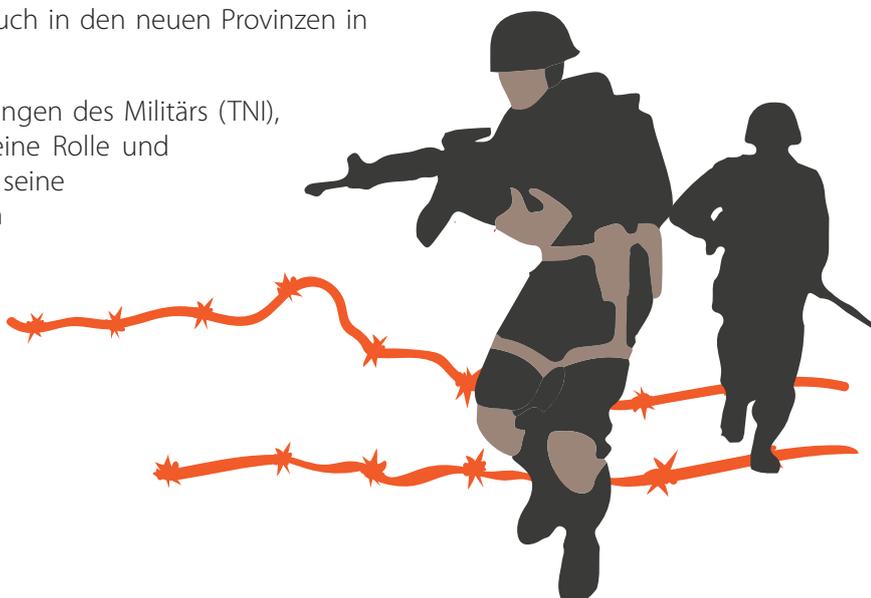
Hoffnung auf ein neues Abkommen über humanitäre Pause vs. erstarkende Rolle des Militärs

Seit Jahren fordern nationale und internationale Akteur*innen regelmäßig einen friedlichen Konfliktlösungsprozess in Westpapua. Im November 2022 gab es erste Schritte in diese Richtung. Am 11. November 2022 unterzeichneten die Vereinigte Befreiungsbewegung für Westpapua (ULMWP), Indonesiens Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM) und der Volksrat der Provinz Papua (MRP) eine Vereinbarung zur Umsetzung einer humanitären Pause. Das Hauptziel der gemeinsamen humanitären Pause sollte die Bereitstellung von humanitärer Hilfe für Zivilist*innen sein, die in bewaffneten Konfliktzonen eingeschlossen sind oder flüchten mussten, sowie die Gewährleistung der Grundrechte von politischen Gefangenen in Westpapua. Ebenso sollte ein „humanitärer Korridor“ eingerichtet werden, der als sichere Route für die Verteilung von Hilfsgütern und dem Zugang für das Team der humanitären Pause dienen sollte. Die Implementierung dieser Ziele sollte in Maybrat stattfinden, eine Region in Westpapua, die seit einem TPNPB-Angriff auf ein Militärkommando im September 2021 stark militarisiert ist und viele Binnenflüchtlinge zu verzeichnen hat.

Es zeichnete sich jedoch schnell ab, dass die Umsetzung dieser humanitären Pause nicht gelingen sollte. Komnas HAM trat Anfang Februar 2023 von der Vereinbarung zurück mit der Begründung, die voreilige Unterzeichnung sei nicht von der Plenarsitzung von Komnas HAM für die Periode 2017-2022 gedeckt gewesen. Zudem sei Komnas HAM keine Konfliktpartei und daher sei es nicht angebracht, diese Vereinbarung zu unterzeichnen. Die ULMWP und weitere Akteur*innen in Westpapua zeigten sich zutiefst enttäuscht darüber, „dass Komnas HAM und die zuständigen Stellen in der indonesischen Regierung trotz unserer ständigen Bemühungen und unseres Festhaltens an der Vereinbarung leider keinerlei Engagement dafür gezeigt haben.“ Sie „fordern die Nationale Menschenrechtskommission und die zuständigen Stellen der indonesischen Regierung auf, den friedlichen Bemühungen nicht den Rücken zu kehren und sich an ihre Verpflichtungen zu halten, den Weg für Friedensgespräche und Gerechtigkeit im Land Papua zu ebnet.“

Neben dem Abbau von Gewalt und dem Schutz der Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Baustein eines erneuten Abkommens über eine humanitäre Pause der Stopp des Militarisierungsprozesses in Westpapua. Offizielle Zahlen, wie viel Militär dauerhaft oder vorübergehend in Westpapua stationiert ist, werden nicht veröffentlicht. Die aktuellen Entwicklungen in Indonesien zeigen jedoch, dass das Militär seine Rolle im gesamten Land noch weiter ausbauen will. Der Generalstabschef der indonesischen Armee, General Dudung Abdurachman, erklärte im Mai 2023, das Militär wolle in ganz Indonesien 23 neue regionale Kommandos, die sogenannten Kodam, einrichten, um die Bereitschaft und Reaktionsfähigkeit der Armee im Falle von Notfällen oder Bedrohungen zu verbessern. Mit der Einrichtung dieser neuen Militärkommandos würde in allen aktuell 38 Provinzen in Indonesien ein solches Kodam bestehen und damit auch in den neuen Provinzen in Westpapua.

Der Plan kommt inmitten der Bemühungen des Militärs (TNI), ein Gesetz aus dem Jahr 2004, das seine Rolle und Funktion regelt, zu überarbeiten, um seine Beteiligung an Regierungsbehörden



und anderen nichtmilitärischen Bereichen auszuweiten. Im Falle einer Verabschiedung des Gesetzes würden die Militäroperationen über defensive Aufgaben hinaus auf die Unterstützung lokaler Regierungen, die Unterstützung der Polizei bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung sowie die Unterstützung beim Katastrophenmanagement, der Terrorismusbekämpfung, der Grenzkontrolle und der Sicherheit auf See ausgeweitet werden. Auch wird in der Gesetzesüberarbeitung diskutiert, dem Präsidenten das Vorrecht zu entziehen, das Militär zu mobilisieren und einzusetzen. Weitere umstrittene Punkte sind die vorgeschlagenen Änderungen am Haushaltsmechanismus der TNI und dessen unbegrenzte Verwendung für den Verteidigungssektor. Sollte diese Änderung umgesetzt werden, würde der Mechanismus für die Einreichung, Verwaltung und Rechenschaftslegung des Haushalts vollständig in die Zuständigkeit der TNI übergehen und nicht mehr vom Verteidigungsministerium genehmigt werden.⁶ Menschenrechts- und Sicherheitsexpert*innen warnen davor, dass dieser Schritt die Grenze zwischen militärischen und zivilen Aufgaben verwischen würde, die Fortschritte der Reformbewegung hindern würde und die Demokratie und die politische Stellung der Menschenrechte zunichtemachen würde.⁷ So könnte das Militär gezielt gegen Personen eingesetzt werden, die als Bedrohung für die Staatssicherheit angesehen werden. Auch wird befürchtet, dass das Militär wieder wie unter Suharto verstärkt eine Doppelfunktion einnehmen werde. Etwas, das - wie Einige analysieren - schon durch die Rolle des Militärs während der Coronapandemie verstärkt geschehen sei. Dadurch sei die de facto Doppelfunktion des Militärs, das sowohl eine Sicherheits- als auch eine politische Rolle spiele, verstärkt worden.⁸ Anstatt eines demokratischen Fortschritts sei dies ein weiteres Zeichen dafür, dass Präsident Jokowi den Einfluss des Militärs noch weiter erhöhe anstatt zu bremsen und damit eine illiberale Wende einläute.⁹

Kirchenvertretende aus Westpapua kritisieren die immer noch einflussreiche Position des Militärs schon seit Jahren, das sich oftmals der Kontrolle Jakartas entziehe. „Wie viele Präsidenten braucht es noch, damit die Versprechungen [zu Westpapua] eingelöst werden?“ fragen sie daher kritisch und weiter: „Wenn der Präsident schon hilflos ist, was für Hoffnungen können wir dann noch haben?“¹⁰

Die Wahl 2024 und ihre Bedeutung für Westpapua

Nach der indonesischen Verfassung sollen alle fünf Jahre demokratische Wahlen für das nationale und regionale Parlament, die nationale Regionalvertretung (Senat) sowie für die Ämter der Gouverneure, Bürgermeister, Landräte, des Präsidenten und des Vizepräsidenten stattfinden. Die letzten Parlamentswahlen fanden im Jahr 2019 statt. Joko Widodo (Jokowi) wurde für eine zweite Amtszeit zum Präsidenten gewählt. Nach zwei Amtszeiten kann er laut Verfassung nicht mehr kandidieren. Die nächsten Parlamentswahlen sind für den 14. Februar 2024 angesetzt. Nach erfolgreicher Durchführung der allgemeinen Wahlen werden das nationale Parlament (DPR RI) und die regionale Vertretung (DPD/Senat) am 1. Oktober 2024 vereidigt. Die Vereidigung des Präsidenten und des Vizepräsidenten erfolgt am 20. Oktober 2024.

Mit dem Ende der zweiten Amtszeit von Präsident Jokowi wird es einen neuen Präsidenten/eine neue Präsidentin in Indonesien geben. Deshalb und auch wegen der vier neuen Provinzen in Westpapua und der Wahl von insgesamt sechs Gouverneur*innen und sechs Regionalparlamenten in Westpapua ist das Wahljahr 2024 für die Papuas von großer Bedeutung. Die Befürchtungen sind groß, dass die neuen politischen Ämter und die damit im Zusammenhang neu zu schaffenden zehntausende Verwaltungsposten mehrheitlich von nicht-Indigenen besetzt werden. Diese Entwicklungen zeigen sich

6 Asia Sentinel (18.05.2023): Concerns Over the Return of the Military in Indonesia. Online verfügbar unter: <https://www.asiasentinel.com/p/concerns-return-military-indonesia>

7 McBeth, John (16.05.2023): Indonesia's military wants its lost powers back, Asia Times. Online verfügbar unter: <https://asiatimes.com/2023/05/indonesias-military-wants-its-lost-powers-back/>

8 Sambhi, Natalie (2021): Generals gaining ground: Civil-military relations and democracy in Indonesia. The Brookings Institution. Online verfügbar unter: <https://www.brookings.edu/articles/generals-gaining-ground-civil-military-relations-and-democracy-in-indonesia/>

9 Ebd.

10 Interview mit dem Westpapua-Netzwerk und dem Kirchenrat von Westpapua im März 2023 in Jayapura.

schon jetzt darin, dass ganze Familien bereits im Frühjahr 2023 von anderen Teilen Indonesiens nach Westpapua gebracht werden, dort schnell mit Pässen ausgestattet und registriert werden, damit sie dort dann 2024 ihre Stimme abgeben können. Um die Wahlen vorzubereiten und durchzuführen, wird zudem damit gerechnet, dass weitere Sicherheitskräfte in Westpapua stationiert werden.

Daher, so die Sorge der Papuas, wird die Wahl 2024 zu noch größerer Benachteiligung der Papuas führen und lässt mit ihren Folgen auch die Sorge vor dem Aufkommen horizontaler Gewalt wachsen.

7. Empfehlungen zur aktuellen Menschenrechtssituation in Westpapua

Wir bitten die Abgeordneten des Bundestages sowie die Bundesregierung, sich auch im Dialog mit indonesischen und westpapuanischen Parlamentarier*innen und Regierungsvertreter*innen dafür einzusetzen, dass

- **eine friedliche Lösung des Westpapua-Konfliktes erzielt wird, indem sich die indonesische Regierung für einen politischen Dialog unter Beteiligung einer neutralen dritten Partei zur nachhaltigen Beilegung des Konflikts öffnet;**
- **die erstarkende Rolle des Militärs in Indonesien aufmerksam und kritisch beobachtet wird und keine Exporte von Rüstungsgütern an Indonesien genehmigt werden (wie unter anderem die, die im Juni 2023 durch den Verteidigungsminister in Aussicht gestellt wurden), solange Mitglieder des Militärs an Menschenrechtsverletzungen – besonders in Westpapua – beteiligt sind und diese nicht aufgearbeitet werden;**
- **eine Stelle mit dem Schwerpunkt Menschenrechte in der Dt. Botschaft in Jakarta geschaffen wird;**
- **die Umsetzung des Konzepts einer feministischen Außenpolitik mit Indonesien den Austausch mit indigenen Vertreter*innen aus Westpapua einbezieht und sich offen und lernbereit zeigt, indonesische Narrative zu Westpapua kritisch zu hinterfragen;**
- **die Militärpräsenz in Westpapua abgebaut wird und die Regierung unterbindet, dass Militär- und Polizeiangehörige die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Westpapas unterstützen und davon finanziell profitieren;**
- **deutsche Entwicklungsprojekte in Westpapua indigenes Wissen miteinbeziehen und im Austausch mit unterschiedlichen Vertreter*innen der indigenen Papuas evaluiert und weiterentwickelt werden;**
- **eine systematische Aufarbeitung der Geschichte der Gewalt gegenüber den Papuas stattfindet;**
- **Indonesien sich an seine Zusage hält, und ein Besuch in Westpapua durch das Hochkommissariat für Menschenrechte der UN verbindlich per Termin vereinbart wird und Westpapua für ausländische Journalist*innen, Berichterstatter*innen sowie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (ICRC) geöffnet wird. ●**



Das Westpapua-Netzwerk:

Das Westpapua-Netzwerk setzt sich seit den 90er Jahren für eine größere zivilgesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit in Deutschland zu Westpapua ein. Das Westpapua-Netzwerk befasst sich mit der politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Situation in Westpapua und trägt die Stimme der Papuas durch Bildung und Öffentlichkeitsarbeit und durch Advocacyarbeit nach Deutschland. Das Westpapua-Netzwerk nimmt keine eigene Stellung zum politischen Status und zu Fragen der Unabhängigkeit Westpapas ein.

Bei den Mitgliedsorganisationen im Westpapua-Netzwerk handelt es sich um Menschenrechts-, Solidaritäts- und Umweltgruppen, um Partnerschaftskirchenkreise, Gemeinden und andere Organisationen der evangelischen und katholischen Kirche. Journalist*innen, Wissenschaftler*innen und andere Interessierte sind als Einzelpersonen im Netzwerk aktiv. Sie alle setzen sich auf unterschiedliche Art und Weise für Frieden, den Schutz der Menschenrechte und den Erhalt und den Schutz der Umwelt in Westpapua ein.



Westpapua-Netzwerk
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal

Telefon +49 202 89004-170
Fax +49 202 89004-179

wpn@westpapuanetz.de
www.westpapuanetz.de

November 2023

grafische Arbeit @akalbudinetwork